

Backbord

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Kiel
Nr. 15
Juli 2010

Verschärfter Klassenkampf von “oben”

Die CDU/FDP-Landesregierung von Schleswig-Holstein mit Peter Harry Carstensen (CDU) an der Spitze hat Ende Mai ein sogenanntes “Sparpaket” vorgelegt, um den Landeshaushalt zu sanieren. “Sparpaket” ist ein völlig verharmlosender Begriff für das, was es inhaltlich bedeutet: knallharter Sozialabbau, verschärfte Umverteilung von “unten” nach “oben” und schlechtere Lebensbedingungen für einen Großteil der Bevölkerung. Die Vermögenden und Spitzenverdiener hingegen werden entweder kaum (dann nur als Alibi) oder gar nicht belastet. Also glasklarer Klassenkampf von “oben”. Besonders stark sind diejenigen betroffen, die ganz “unten” sind und sich am allerwenigsten aus eigener Kraft helfen können und von denen die Regierung keine nennenswerte Gegenwehr erwartet. Selbst die Streichung relativ kleiner Beträge schlägt hier voll auf die Betroffenen durch.



Aus für Beratungsstellen

Viele soziale Einrichtungen sind von Kürzungen bedroht und könnten vor dem Aus stehen: Beratungsstellen für Suchterkrankte, Frauenhäuser, Frauenberatungstellen und Frauennotrufe, Mädchentreffs, Migrationssozialarbeit, Präventionsarbeit zum Schutz vor sexuellem Missbrauch, Hilfen für Flüchtlinge, Beratungsstellen für psychisch Kranke, Hilfe für Haftentlassene und viele weitere Einrichtungen und Hilfsmaßnahmen. Das Landesblindengeld soll um die Hälfte auf 200 € gekürzt werden. Seeehr mutig, Herr Carstensen, und das als **Christdemokrat!**

Rechtsschutz für Einkommensschwache erschwert

Die Kosten für die Prozesskostenhilfe, die eigentlich sozial Schwachen ermöglichen soll, ihr Recht vor Gericht einzuklagen, sollen gesenkt werden. Begründung: Die Kosten seien in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Das dürfte vor allem daran liegen, dass sich viele Hartz IV-Betroffene gegen falsche und willkürliche Bescheide der “Arbeitsagentur” zur Wehr setzen und damit sehr häufig vor den Sozialgerichten recht bekommen. Der Eigenanteil an den Kosten soll nun erhöht werden. Die Regierung will also verhindern, dass sich Menschen mit niedrigem Einkommen vor Gericht ihr Recht erkämpfen. Zynisch und verächtlich nennt sie es “Verringerung der Anreizwirkung für unnötige Verfahren”.

Kürzungen ohne Ende...

Die Landesregierung will das Universitätsklinikum privatisieren und wollte die Studienplätze für Medizin in Lübeck streichen. Im Öffentlichen Dienst sollen bis 2020 etwa 10 % aller Stellen (5300 Arbeitsplätze) gestrichen werden. Die öffentliche Dienstleistung für die Bürger wird dadurch natürlich verschlechtert und die Arbeitsverdichtung und Arbeitshetze für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst werden zunehmen. Davon sind auch Lehrerstellen und Planstellen in der Steuerverwaltung betroffen. Die Schulklassen bleiben also randvoll und die Reichen werden sich freuen, noch weniger als ohnehin schon auf Steuerehrlichkeit kontrolliert zu werden.

...besonders bei Kindern

Die gerade erst vor kurzem eingeführte Beitragsfreiheit für das dritte Kindergartenjahr wird wieder abgeschafft. Komplette gestrichen werden auch die Zuschüsse für die Schülerbeförderung im ländlichen Raum, was wiederum besonders die einkommenschwachen Familien trifft. Dazu "passend" will die Bundesregierung das Elterngeld für Hartz IV-Betroffene komplett streichen, das bislang für bis zu 12 Monate (bis 2009 sogar 24 Monate) in Höhe von 300 € ausbezahlt wurde. Dabei weisen unzählige Studien nach, dass Kinder von Hartz IV-Betroffenen sowieso schon stark benachteiligt aufwachsen im Vergleich zu anderen Kindern. Allerdings ist die FDP in Person von Daniel Bahr (Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium) der Auffassung, dass in Deutschland "die Falschen die Kinder bekommen". Die FDP als politische Speerspitze der herrschenden Klasse wünscht sich mehr Kinder aus Akademiker-Familien und weniger Kinder von sozial Schwachen. Vor diesem Hintergrund ist die Streichung des Elterngelds für Hartz IV-Betroffene ebenso "logisch" wie menschenverachtend und sozialrassistisch.

Drohende Privatisierung des

Universitätsklinikums Schleswig-Holstein!

Schon seit Jahren versucht die Landesregierung, sich des UKS-H, mit den Standorten Kiel und Lübeck, als einziges Klinikum der Maximalversorgung, zu entledigen.

Nachdem sich das Land jahrelang vor Sanierung und Modernisierung gedrückt hat und die Gebäude – vor allem am Campus Kiel - nun marode sind, will man sich jetzt vor dem Hintergrund der Krise und der klammen öffentlichen Kassen vom Klinikum trennen.

Auch vor einem Tarifbruch (keine Privatisierung bis 2015 möglich) schreckt die schwarz-gelbe Landesregierung mit ihrer Sparwut nicht zurück!

Diese Pläne bedeuten massive Einschnitte – nicht nur in der Gesundheitsversorgung – sondern auch für Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen usw.

SH würde dann als einziges Bundesland keinen medizinischen Maximalversorger mehr besitzen. Exzellente unabhängige Wissenschaft und Forschung, verminderte Ausbildung in der Medizin bei schon jetzt herrschendem ÄrztlInnenmangel in vielen Regionen und Bereichen, Reduzierung von Ausbildungsplätzen und vor allem die Aufgabe der öffentlichen Gewinnerwirtschaftung aus Betrieben im "Gesundheitsland" SH sind die fatalen Folgen. Schon jetzt liegt SH mit ca. 30% privatisierter Kliniken und Reha-Einrichtungen an der Spitze der



bundesrepublikanischen Entwicklung im Gesundheitswesen. Privatisierung bedeutet: aus PatientInnen wurden KundInnen und die "Gesundheitsleistung" eine Ware – die möglichst gewinnbringend verkauft werden soll. Am privatisierten Uniklinikum Gießen/Marburg kann man die "wirtschaftlichen Erfolge" der Rhön-AG anschaulich erkennen: Arbeitsplatzabbau, Arbeitsverdichtung, daraus resultierende mangelnde Pflegekapazitäten, massiver Anstieg von Operationen (wird besser bezahlt als "konservative" Behandlung) usw. Es hat sich dort bereits eine Initiative "NotRuf 113" aus niedergelassenen ÄrztInnen, MitarbeiterInnen und gegründet. Niedergelassene ÄrztInnen überweisen nicht mehr ins Uniklinikum; PatientInnen tragen ein Dokument mit sich, daß sie nicht ins Klinikum eingeliefert werden, Klagen vor Gericht laufen.... Eine Privatisierung des Uniklinikums SH gilt es zu verhindern, denn Betroffene werden wir alle sein, egal ob Patienten oder Beschäftigte!

Bildung: auch an der Zukunft wird gespart

Die Landesregierung ließ noch, zumindest seitens der CDU, im Wahlprogramm verlauten:"... Bildung wird bei uns groß geschrieben". Nachdem nun Milliarden €uro z.B. zur Rettung in die HSH-Nordbank geflossen und die Wahlen in NRW vorbei sind, wird hier

fleißig der Rotstift angesetzt, und zwar in der Ausweitung der im Bildungssektor schon lange bestehenden Unterfinanzierung. So sollen die LehrerInnen mehr Pflichtstunden bekommen, um so den LehrerInnenmangel zu begegnen. Aber damit nicht genug, denn der Uni-Standort SH soll im Zuge des "Sparzwanges" komplett umgekrempelt werden. Nach dem Bekanntwerden des "Sparpaketes" ist der Universitätsrat (ein Gremium für eine bessere Zusammenarbeit und Koordination der Universitäten) zurückgetreten.

Hier sei nur das genannt, was so durch die Medien kam!

Im Zuge der Neufassung des Hochschulgesetzes sollte der Uni-Standort Flensburg überprüft werden, dazu wurde eine Kommission beauftragt, vier Modelle zu prüfen. Der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Jost de Jager, wollte das Ergebnis der Kommission wohl nicht abwarten. Als Teil des "Sparpaketes" wurde für die Uni-Flensburg die Streichung der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge ab 2012 bekanntgegeben. Die Uni selber soll in eine pädagogische Hochschule umgewandelt werden, um die LehrerInneausbildung unterhalb des Gymnasiums zu stärken.

Im selben Konzept sollte das Medizinstudium von Lübeck nach Kiel verlegt werden, was die Uni-Lübeck in Existenznot brächte, da dann

die auf die



Medizin ausgelegten technischen Studiengänge absterben und die involvierte Industrie Lübeck verlässt. Dadurch wird mit einem Wegzug von ca. 20.000 Menschen gerechnet.

Im Ganzen wurde die Uni-Kiel weitestgehend verschont, da sie Elite-Uni werden soll, allerdings steht nirgendwo, dass Kiel mehr Geld bekommt, um die Studierenden aus Flensburg und Lübeck auf zu nehmen, geschweige denn, um Bauten zu errichten, da sich der Platzmangel verschärfen wird und in Folge dessen auch die seit Jahrzehnten bestehende Unterfinanzierung.

Darauf folgte eine große Demo mit über 14000 Menschen, die sich gegen diese wirren Pläne richtete und am Landeshaus endete.

Dort bekamen Kubicki (Mitglied der Haushaltsstrukturkommission) und de Jager lautstark vorgetragen, was von dem Programm gehalten wird.

Allerdings ist Flensburg voll aus dem Fokus geraten; dass die Pläne bezüglich der Uni-Flensburg um ein Jahr verschoben worden sind, ist da eher eine Randnotiz.

Zwischen Kiel und Lübeck brach dann ein medialer Streit aus: Im geheimen hatte die Uni-Lübeck ein Gegenkonzept entwickelt, das für beide medizinischen Institute nachteilig wäre. Weiter sollte die Uni-Lübeck eine Stiftungsuniversität werden, die sich teilweise durch Studiengebühren finanziert, was ein Einfalltor für landesweite Gebühren wäre. Die Uni-Lübeck stand der Einführung von Studiengebühren schon immer unkritisch gegenüber.

Auf Druck der eigenen Abgeordneten hat sich die Landesregierung doch um andere Lösungswege bemüht, und Lübeck bekommt den "Einsparbetrag" über die Bundesebene, so bleibt vorerst alles beim alten. Allerdings muss man hier sagen: Würde die Hoteliersteuerreform zurückgenommen, wäre das vom Land angepeilte "Sparpaket" ausfinanziert und es ist noch was über.

Auch wenn der Bund jetzt als Retter für Lübeck einspringt, passiert da auch nicht immer alles, wie es gut wäre. Denn in der Länderkammer wurde das "Nationale Stipendienprogramm" mit einer Förderung von 300€ genehmigt, nachdem Schavan(Bundesbildungsministerin) den

Landesanteil übernommen hat, aber eine notwendige BAFöG -Erhöhung wurde in den Vermittlungsausschuss übergeben, da es dieser neoliberalen Regierung wichtiger ist, unabhängig der finanziellen Eigenmittel zu fördern, als denen zu helfen, die sonst nicht studieren könnten.

Was tun?

Wer hat, dem wird gegeben, wer wenig hat, dem wird genommen. Es wird nun wirklich höchste Zeit, sich gegen die asoziale, gegen den Großteil der Bevölkerung gerichtete Politik zur Wehr zu setzen! Der Klassenkampf von "oben" ist mit den von der Regierung geplanten Maßnahmen noch nicht ans Ende gekommen. Nächstes Jahr nämlich kommt mit Sicherheit das nächste "Sparpaket". Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben.

Die DKP fordert:

- Deutlich höhere Steuern auf hohe Einkommen, Vermögen, Unternehmensgewinne, Erbschaften und Kapitalerträge!
 - Wir treten ein gegen jede Form der Privatisierung öffentlicher Daseinsfür- und vorsorge!
- Die DKP erklärt sich solidarisch mit allen von den Sparplänen Betroffenen!
- Sofortige und deutliche Einschnitte bei den Ausgaben für Rüstung und Militär!
 - Bildung ist ein Menschenrecht, die DKP spricht sich gegen Kürzungen im Bildungssektor aus und lehnt die Einführung von Studiengebühren ab, sowie die Schließung von Universitäten



Bei diesen Forderungen kann es sich nur um notwendige erste "Sofortmaßnahmen" handeln. Eine Lösung der sozialen Probleme ist im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht möglich. Im Kapitalismus geht es um den maximalen Profit und die Frage, wie man diesen Maximalprofit aus den Menschen herauspressen kann.

Wir brauchen den revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen, um eine

sozialistische Gesellschaft aufbauen zu können, in der der Mensch im Mittelpunkt steht. "Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen" (Karl Marx). Für eine radikale Veränderung der jetzigen Kräfteverhältnisse ist es nötig, sich mit Gleichgesinnten zu organisieren und Aktion zu entwickeln: in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen linken Kräften. Gegen Klassenkampf von "oben" hilft nur Klassenkampf von "unten"!

Kiel ist Kriegsgebiet!

Im Dezember 2009 wurde in Kiel ein antimilitaristisches Bündnis gegründet, an dem sich die Kieler DKP und SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) aktiv beteiligen und bereits mehrere Aktionen u.a. gegen Rekrutierungsversuche der Bundeswehr an Schulen, in Arbeitsämtern und auf Job-Messen durchgeführt haben. Anlass für die Gründung war der dieses Jahr in Kiel geplante sog. "Celler Dialog", ein Treffen von Militär, Politik und Wirtschaft, um die deutsche Politik und Gesellschaft weiter zu militarisieren. Inzwischen wurde der Dialog abgesagt, angeblich aus

Sparzwängen. Angesichts der Kosten von etwa 20000 € (bei einem Bundeswehr-Haushalt von über 31 Milliarden €) wirkt diese Begründung nicht gerade sehr glaubwürdig. Auf jeden Fall hätte das Bündnis gegen den Dialog dafür gesorgt, dass der Dialog nicht (wie es geplant war) in Stille und Abgeschlossenheit abgelaufen wäre.

Wir machen weiter!

Aber eigentlich hat sich nichts geändert: Auch ohne den Dialog laufen die Versuche weiter, Militär und Zivilgesellschaft enger zu verzahnen, Reserveoffiziere in der Wirtschaft zu fördern, die Forschung an den



Universitäten für militärische Zwecke einzuspannen und die zivil-militärische Zusammenarbeit als Vorbereitung für die in Zukunft erwartete Aufstandsbekämpfung zu perfektionieren. Die herrschende Klasse fürchtet soziale Unruhen und bereitet sich darauf vor. Das konnte man bereits 2007 auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm sehen, als Panzerfahrzeuge und Tornado-Jets eingesetzt wurden, um die Bewegungen der Demonstranten auszuspähen. In Kiel und Umgebung hat die Bundeswehr fast 5000 Dienstposten, hier liegt die 1. Einsatzflottille, die deutsche Großmachtansprüche und

Wirtschaftsinteressen auf den Weltmeeren durchsetzen soll, hier sind Dutzende Rüstungsfirmen angesiedelt, die den imperialistischen Kriegern ihre Waffen und Ausrüstung liefern.

Daher wird das Bündnis seine antimilitaristischen Aktionen in Kiel weiterführen und nach Möglichkeit verstärken. Das Bündnis trifft sich jeden zweiten Di. (siehe unter Termine). Jeder der mitmachen will, ist herzlich eingeladen! "Krieg den deutschen Zuständen!" (Karl Marx).

Alle weiteren Infos und Termine unter:
<http://kein-dialog.so36.net>

- | |
|---|
| 20.07. Antimilitaristisches Bündnis, 19.30 Uhr, Stadtfeldkamp 22 |
| 3.8 . Antimilitaristisches Bündnis, 19.30 Uhr, Stadtfeldkamp 22 |
| 6.8. Hiroshima-Tag, 19.30 Uhr, Hiroshima-Park am Kleinen Kiel |
| 17.8. Antimilitaristisches Bündnis, 19.30 Uhr, Stadtfeldkamp 22 |
| 31.8. Antimilitaristisches Bündnis, 19.30 Uhr, Stadtfeldkamp 22 |
| 1.9. AntiKriegstag: Demonstration des Antimilitaristischen Bündnisses |
| 8.9. Demo gegen die Haushaltdebatte der Landesregierung in Kiel |
| 18.9. Demo gegen Atomkraft in Berlin |

Die DKP-Kiel Trifft sich am 2. & 4. Montag im Monat um 19.30Uhr im Club M Stadtfeldkamp 22
Nächster Termin: 26.7.

www.dkp-kiel.de ; info@dkp-kiel.de ; www.kommunisten.eu



Ich will mehr Infos über die DKP

Name/Vorname

Straße

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an: **DKP-Parteivorstand • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Homepage: www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de**